**Anschreiben Wahlkreiskandidat\*innen Grüne**

Betreff: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit stärken: Verbindliche Standards für den Finanzsektor

Sehr geehrte/r [Name der\*des Kandidat\*in],

im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 wende ich mich mit einem Anliegen an die kommende Legislaturperiode an Sie. Die Grünen setzen sich für eine Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik ein, die sich an ambitionierter Klimapolitik und globaler Gerechtigkeit orientiert. Damit diese Ziele erreicht werden, muss auch die Finanzwirtschaft stärker in die Verantwortung genommen werden.

„Verbraucher\*innen in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind“ heißt es in Ihrem Wahlprogramm. Ebenso müssen Kontoinhaber\*innen, Anleger\*innen, Versicherte und Steuerzahler\*innen darauf vertrauen können, dass ihre Erträge nicht durch Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung erzielt werden. Deutschlands historische Verantwortung gegenüber den ärmsten Ländern und das Bekenntnis zur Agenda 2030 machen es notwendig, dass sich diese Prinzipien nicht nur auf Unternehmen innerhalb der EU beschränken, sondern auch für Finanzflüsse in Drittländer gelten.

Insbesondere in Zeiten des Gegenwinds ist es entscheidend, Standhaftigkeit zu zeigen und die Orientierung an universellen Grundwerten wie den Menschenrechten weiterhin einzufordern. Die Finanzwirtschaft ist kein neutraler Akteur – sie kann einerseits soziale und ökologische Entwicklung fördern, andererseits aber auch Profite auf Kosten von Mensch und Natur ermöglichen.

Ich bitte Sie deshalb, im nächsten Bundestag eine Vorreiterrolle einzunehmen und sich für verbindliche menschenrechtliche und ökologische Standards in der Finanzwirtschaft einzusetzen:

*1. Verbindliche menschenrechtliche Regulierung von Investitionen, Krediten und Versicherungen*

Die Finanzwirtschaft ist kein neutraler Akteur: Investitionen, Kredite und Versicherungsdienstleistungen können sowohl gesellschaftliche Entwicklung fördern als auch Menschenrechtsverletzungen ermöglichen. Deshalb muss die nachgelagerte Wertschöpfungskette von Finanzinstitutionen in die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten einbezogen werden, wie sie bereits für den Realsektor gelten. Deutschland sollte dies sowohl auf nationaler Ebene im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als auch im Rahmen der EU-weiten CSDDD vorantreiben.

*2. Nachhaltige Investments eindeutig kennzeichnen*

Nachhaltige Investments sollten nicht nur ein Marketingversprechen sein, sondern klar erkennbar und überprüfbar. Dafür braucht es die Fortsetzung des Prozesses zur Sozialtaxonomie und eine Nachhaltigkeitskennzeichnung für Investmentprodukte, die sektorspezifische menschenrechtliche Risiken und ihr Management wirksam kennzeichnen.

*3. Vorbildfunktion staatlicher Fonds und Außenwirtschaftsförderung*

Eine ambitionierte Klimapolitik muss sich auch in der Finanz- und Außenwirtschaftspolitik widerspiegeln. Damit Außenwirtschaftsförderung tatsächlich im Sinne dieser Zielsetzung wirkt, müssen staatliche Fonds, Projektfinanzierungen und Kreditgarantien höchsten menschenrechtlichen und ökologischen Standards genügen und sich an den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen orientieren. Transparenz, Konsultationen der Betroffenen und unabhängige Beschwerdemechanismen müssen Standard werden.

Warum ist Handeln dringend?

Der Finanzsektor ist ein zentraler Hebel für eine gerechte und nachhaltige Transformation. [Studien](https://www.suedwind-institut.de/informieren/themen/sustainable-finance/beitrag/literature-review-financial-sector-due-diligence-adverse-impacts-guidance-and-studies) zeigen, dass Menschenrechte und ökologische Verantwortung ohne verbindliche Regeln oft Lippenbekenntnisse bleiben. Deutschland hat die Chance, international eine Vorreiterrolle einzunehmen und den Finanzsektor in den Dienst einer sozial und ökologisch gerechten Zukunft zu stellen. Klare gesetzliche Vorgaben stellen sicher, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt geht, sondern mit sozialer Verantwortung und nachhaltigem Wirtschaften einhergeht – im Einklang mit der im Grundgesetz verankerten Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums.

Die Forderungen sind Teil der Erwartungen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung an Bundestag und Bundesregierung für die Legislaturperiode 2025-2029. [Hier](https://www.cora-netz.de/bundestagswahl-2025/) finden Sie diese näher ausgeführt (S. 8-10 der Langfassung).

Ich vertraue darauf, dass Sie als Kandidat/in der Grünen diesen Weg mitgestalten möchten.

Mit freundlichen Grüßen

[euer Name]

[ggf. Organisation]